

Interrogation No. 1388



Vernachung des Kurt KLEINSCHMIDT
am 4.6.1947 von 10,25 - 11,00 Uhr
durch: Mr. Fred ROSELL
auf Antrag von: Mr. E.H.SCHENK - SS-Section
Stenografie: Frl. Marianne SCHELLER

1. F. Wie ist Ihr voller Name?

A. Kurt KLEINSCHMIDT.

2. F. Stehen Sie auf. Erheben Sie Ihre rechte Hand und wiederholen Sie den Eid:

Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, dass ich die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzusetzen werde, so wahr mir Gott helfe.

A. Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, dass ich die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzusetzen werde, so wahr mir Gott helfe.

3. F. Sie wissen, dass Unterlassungen in Ihrer Aussage unter Eid als ebenso schwere Eidverletzung betrachtet wird, wie eine falsche Aussage unter Eid?

A. Ja.

4. F. Wann und wo sind Sie geboren?

A. Am 5. März 1904 in Hoechst am Main.

5. F. Welche Schulen besuchten Sie?

A. Die Volksschule in Hoechst von 1910-1913, das Gymnasium in Hoechst von 1913-1922 mit Ablegung der Reifeprüfung; anschließend Studium der Rechtswissenschaft, Volkswirtschaftslehre und Betriebswissenschaft in

Freiburg und Frankfurt/Main; Referendar-Examen 1926 in Frankfurt/Main; Dr. der Rechte 1927 in Frankfurt/Main; Assessor-Examen 1929 in Berlin. Während der Ausbildungszeit Referendar bei den Gerichten Frankfurt/Main, Hoechst und Wiesbaden.

6. F. Wann sind Sie in die Partei eingetreten?

A. Am 1.5.1933.

7. F. Welche Parteinummer hatten Sie?

A. Ungefähr um 6 Millionen herum.

8. F. Welchen Parteiformationen gehörten Sie an?

A. Seit 1.10.1933 der Weiter-SS, das war ein Teil der Allgemeinen SS, mit der Mitgliedsnummer 150.614.

9. F. Gehörten Sie noch anderen der NSDAP angeschlossenen Organisationen an?

A. Der D.A.F. seit 1937; dem N.S.R.B. (Juristenbund) seit 1934 oder 1935; der N.S.V. und dem N.S.A.B. (Altherrenbund).

10. F. Haben Sie jemals einem Freikorps angehört?

A. Nein.

11. F. Welche Wehrschafts- oder Parteiauszeichnungen erhielten Sie?

A. Das Kriegsverdienstkreuz I. und II. Klasse, sonst nichts.

12. F. Was war Ihr Dienstgrad bei der SS?

A. Als der Krieg ausbrach, war ich Unterscharführer bei der Weiter-SS.

Für meine Tätigkeit bei der Deutschen Umsiedlungstreuhandgesellschaft habe ich ehrenhalber den SS-Führer-Rang bekommen und zwar wurde ich Untersturmführer, Hauptsturmführer. Mein letzter Dienstgrad war Obersturmbannführer, wie gesagt, war das nur ein Ehrentitel.

13. F. Beschreiben Sie mir Ihre berufliche Tätigkeit seit 1933.

A. Chef-Syndikus der Deutschen Zentralbodencredit-Aktiengesellschaft Berlin

(Hypothekenbank) und zur Leiter der Rechtsabteilung bis 30.9.1937. 1937 wurde ich Mitglied des Vorstandes der Mecklenburgischen Hypotheken- und Wechselbank in Schwerin; dort habe ich bis Kriegsausbruch gearbeitet. Am 7.9.1939 wurde ich als Soldat zur Wehrmacht (Kavallerie-Regiment 14) eingezogen. Ich war dann 8 Wochen zur Ausbildung in Schwerin und Pechlin. Am 7.11.1939 wurde ich auf Veranlassung von Berlin beurlaubt und zur Deutschen Umsiedlungstreuhandgesellschaft m.B.H. Berlin dienstverpflichtet mit der Aufgabe, als Mitglied der Geschäftsführung zu arbeiten.

14. F. Und Ihre politische Laufbahn seit 1933?

A. Eintritt in die Partei am 1.5.1933 als Mitglied.

15. F. Hatten Sie politische Ämter nach Ihrem Beitritt zur Partei bis zum Eintritt in die Deutsche Umsiedlungstreuhandgesellschaft?

A. Nein.

16. F. Auf wessen Veranlassung in Berlin sind Sie seinerzeit beurlaubt worden?

A. Wenn ich mich recht entsinne, ist ein Anruf von Staatssekretär KIEPPLER aus dem Auswertigen Amt in Berlin gekommen. Das weiss ich nur, weil es mir in der Schreibstube gesagt worden ist. Darauf wurde ich, mit der Weisung, mich im Auswertigen Amt zu melden, beurlaubt und ich fuhr nach Berlin zu Staatssekretär KIEPPLER.

17. F. Was geschah dort?

A. Dort traf ich mit Dr. Karl SCHROEDER, Vorstandsmitglied der Rheinischen Hypothekenbank Mannheim, Berlin, zusammen, der mir erzählte, dass er beauftragt worden sei, die Geschäftsführung der gegründeten Deutschen Umsiedlungstreuhandgesellschaft (DUT) zu übernehmen. Er hatte darauf aufmerksam gemacht, dass ein Geschäftsführer allein die Arbeiten nicht leisten könne und mich als Fachmann fuer Grundstuecke- und Hypotheken-

wesen in Vorschlag gebracht. Wir wurden dann zu Staatssekretär KEFFLER
geführt, den wir bis dahin nicht kannten. KEFFLER ersuchte uns, dass
in den letzten Tagen eine Gesellschaft gegründet werden sei fuer die
wirtschaftliche Versorgung und Betreuung der aus dem Ausland hereinkom-
menden Volksdeutschen. - Wenn diese Volksdeutschen zu uns kamen, galten
sie bereits als Deutsche, denn wir hatten erst mit ihnen zu tun, nachdem
sie von der Einwandererzentrale den Umsiedler-Ausweis erhalten hatten.

18. F. Wann begann Ihre Tätigkeit?

A. Am 8.11.1939.

19. F. Und was war Ihre Tätigkeit?

A. Meine Arbeit war in erster Linie kaufmännischer Natur.

20. F. Was war Ihr offizieller Titel?

A. Zweiter Geschäftsfuehrer der DUT.

21. F. Sie unterstanden also nur dem ersten Geschäftsfuehrer?

A. Ja. Vielleicht darf ich zur Klärung kurz etwas bemerken: Bei den Banken
- es sollte ja eine Bank werden - war es ueblich, einen Kollektiv-Vorstand
einzusetzen; es wurde also ein Herr gewissermaßen als Vorsitzender be-
stimmt, der die personelle Leitung hatte, waehrend die anderen sachliche
Zustaendigkeit hatten und im uebrigen war man gleichberechtigt.

22. F. Also war es ganz demokratisch eingerichtet?

A. Ja, das war bei den Banken allgemein ueblich.

23. F. Wer war also der Vorstand?

A. Dr. SCHMOKER, allerdings nur bis Ende 1940, dann Dr. KUHLMANN.

24. F. Wer waren die anderen Herren in den verschiedenen Fachabteilungen, die
Ihrer Position gleichstenden?

A. Zentral-Geschäftsfuehrer in Berlin: Dr. SCHMOKER, spaeter Dr. KUHLMANN,

und ich.

25. F. Mit wem waren Sie beauftragt, mit der Geschäftsführung?
- a. Nur mit der Geschäftsführung; die ganze Sache war ja erst in der Bildung begriffen, wir mussten es erst einrichten. Stellvertretende oder auswertige Geschäftsführer waren: Herr DUBNER in Riga, Dr. WOLLET in Reval und Dr. BÄG in Posen.
26. F. Und diese Herren unterstanden unmittelbar Ihnen oder dem ersten Geschäftsführer?
- A. Nein. Als Geschäftsführer unterstanden sie dem Aufsichtsrat.
27. F. Und wer war das?
- A. Aufsichtsrat-Vorsitzender war KAPPLER; Stellvertreter GREIFELT, damals Brigadeführer später Obergruppenführer; die Mitglieder waren: Ministerialdirektor Fritz (?) BERGER von Finanzministerium; Präsident KEHRL von Wirtschaftsministerium; Gesandter WANDORSKY vom Auswertigen Amt; Obergruppenführer LORENZ von der Volksdeutschen Mittelstelle; ein Herr CHRISTIAN von einer Auswärtigenorganisation (den Namen kann ich nicht sagen); Herr HÄCKER, Führer der Volksdeutschen-Vereinigung in Riga; Herr VIKTS, Vorstand der Deutschen Revisions- und Treuhandgesellschaft.
28. F. Was war die theoretische und was war die praktische Aufgabe der DVF?
- A. Nach dem Statut war die theoretische und die praktische Aufgabe dieselbe und so entwickelte es sich nachher auch in der Praxis.
1. Erfassung, Registrierung und Bewertung des von den Umsiedlern in ihrem Heimatland zurückgelassenen Vermögens.
 2. Transferierung des Wertes nach der Liquidation.
 3. Versorgung der Umsiedler nach ihrer Einreise nach Deutschland mit Vorschüssen und Crediten in Bargeld.

- 4. Durchfuehrung des Entschadigungsverfahrens (des sogenannten Vermoegensausgleiches).
- 5. Zum Vermoegensausgleich gehoerte die Bewertung und Verrechnung der den Umsiedlern vom Reichskommissar fuer die Festigung deutschen Volkstums zugewiesenen Sachwerte (Hauser, Grundstuecke, Gewerbebetriebe und industrielle Objekte).

Das war so das Arbeitsgebiet. Anfangs hatten die beiden Letzten noch keine praktische Bedeutung, die haben sich erst viel spaeter entwickelt. Zunächst war es unsere Aufgabe, den Transfer und die erste Versorgung der Umsiedler mit Geldmitteln durchzufuehren.

- 29. F. Das Gebiet 3 - Versorgung - betraf das auch die Betreuung?
 - A. Ja, die geldliche Betreuung.
- 30. F. Woher kamen die unter Nr. 5 angefuhrten Sachwerte?
 - A. Da muss man unterscheiden zwischen dem von der Ostland spaeter Reichsland G.m.b.H. verwalteten Stock des beschlagnahmten polnischen und juedischen Besitzes in Ostern und . . .
- 31. F. Wer nahm diese Beschlagnahme vor?
 - A. Das war durch eine Verordnung ausgesprochen und die Verwaltung wurde durch die Landwirtschaft, also die Ostland G.m.H. ausgeuebt.
- 32. F. Wem unterstand diese?
 - A. Ich glaube dem Ernahrungministerium.
- 33. F. Sie meinen DARRE?
 - A. Das war nicht ganz klar; sie unterstand wohl verwaltungsmässig dem Ernahrungministerium, der Reichsfuehrer SS hatte aber fuer seine Zwecke (Siedlungszwecke) Dispositionsverfuegung. Wenn ich mich recht entsinne, stand es so in der Verordnung.

34. F. Geben Sie mir bitte bis zum nächstenmal eine graphische Darstellung der DUF, angefangen von Vorsitzenden, ueber die Ausstellungen, dann von wem die 5 Sachgebiete bearbeitet wurden, mit wem sie in den anderen Aemtern, wie Reichskommissar, Volksdeutsche Mittelstelle usw. zusammenarbeiteten, wer die Leute waren etc. Also einen ganz ausfuehrlichen Organisationsplan der verschiedenen Arbeitsbereiche, im Zusammenhang mit den un-gegliederten Organisationen und Personen.

RESTRICTED

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

25-100-8

Interrog. v. 16.6.47

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Interrogation No. 1388 A

Vernehmung des Dr. Kurt KLEINSCHMIDT
am 16.6.1947 von 14,00 - 16,00 Uhr
durch: Mr. Fred NOBLE
auf Antrag von: Mr. SMILLER - SS-Section
Stenografin: Frl. Marianna SCHILLER

1. Fr. wie ist Ihr voller Name?

A. Kurt KLEINSCHMIDT.

2. Fr. sind Sie sich bewusst, dass Sie noch unter Eid stehen?

A. Ja.

3. Fr. Ich habe Sie bei der letzten Vernehmung gebeten, mir einen Organisationsplan der Deutschen Umsiedlungstreuhandgesellschaft (DUT), umfassend Aemter und Personen, sowie eine graphische Darstellung ueber die Zusammenarbeit der DUT mit anderen Stellen und Personen zu bringen.

A. Ich habe hier nur einen Plan, aber ich glaube, dass dieser einen vollstaendigen Ueberblick gibt. Aemter hatten wir nicht, weil wir nur in Sachabteilungen innerhalb der Zentrale eingeteilt waren; dann in einzelne Niederlassungen, die grossen Niederlassungen hatten wieder Nebenstellen; dann gab es ausserdem unter der Zentrale, nicht unter der Weisungsbefugnis der Niederlassungen, sogenannte Aussenstellen fuer die Stellen im Ausland und sogenannte Verbindungsstellen, das waren kleinere Stellen, wo Umsiedlerinteressen zu vertreten waren. Ich habe den genauen Zusammenhang durch Verbindungslinien gekennzeichnet. Das Rotursenderte ist der eigentliche Koerper der DUT, vom Aufsichtsrat zur Geschaeftsfuehrung (Zentrale) und von der Zentrale zu den einzelnen Stellen draussen. Auf der Reckseite befindet sich auch nochmals die genaue Zeichen-erklaeerung. Das schwarz Gezeichnete bedeutet die Verbindung zu den Stellen

A. wo ein geschäftlicher Verkehr nur in Einzelfällen stattfand, wie zur Reichsbank in Devisenfragen, zum Wirtschaftsministerium oder zum Auswärtigen Amt (Zwischenstaatliche Verträge), zum Reichskommissar fuer die Festigung deutschen Volkstums in Ansiedlungsfragen, zum Finanzministerium fuer die Zur-Verfuegung-stellung von Reichsmitteln, zur Haupttreuhandstelle Ost und zur Volksdeutschen Mittelstelle. Ich habe die ganze Geschäftsfuehrung aufgefuehrt und auch die Namen der Hauptleiter bis zu den wichtigsten Aussonststellen. Ich habe mich bemüht, Ihnen einen vollkommenen Ueberblick zu geben und hoffe, dass Sie mit diesem exposé etwas anfangen koennen. Ich gebe Ihnen mit Absicht den Durchschlag, weil er besser lesbar ist.

4. Fr. Ich werde diese Sache durchlesen und wenn sich noch Fragen ergeben sollten, sprechen wir uns an einem anderen Tag nochmals.

5. Fr. Soweit ich es verstehe, hat die DUF, vor Ausbruch des Krieges mit Russland oder aufgrund bestehender Abstandsverträge, die Umsiedler fuer den Verlust ihrer Habe entschädigt, wobei die DUF diese Entschädigungssummen wohl mittelbar von den auslaendlichen Regierungen erhielt. Was geschah nun nach Ausbruch des Krieges mit Russland?

A. Das Hauptprinzip der DUF war, die Umsiedler in Metern zu entschädigen, dh. ihnen die nachgebeten wieder zu geben, die sie aufgaben, insbesondere Mobilien; soweit es sich um andere Dinge handelte, erhielten sie Geld oder Reichsschatzumschreibungen, das war auch schon vor Ausbruch des Krieges mit Russland. Die DUF erhielt durch das Reichsfinanzministerium jeweils einen Reichsbetrag zugewiesen, der von der auslaendlichen Regierung in Deutschland kreditiert war fuer zurueckgelassene Mobilien und Immobilien der Umsiedler. Ausserdem stellte

A. das Reichsfinanzministerium nach Bedarf weitere Beträge zur Verfügung; das Letztere ging auch nach dem Kriege weiter.

6. Fr. In welchem Verhältnis standen Sie zu dem Reichskommissar fuer die Festigung deutschen Volkstums?

A. Eigentlich in gar keinem Verhältnis, denn wir waren ja eine u.m.b.H.; im Aufsichtsrat waren allerdings der Reichskommissar und die uebrigen Ministerien vertreten. - Wenn es sich um landwirtschaftliche Gueter handelte, waren sie in der Verwaltung der ostland- spaeter Reichsland-OmbH. erfasst. Durch Verordnung war das landwirtschaftliche Vermoegen in den Ostgebieten beschlagnahmt zugunsten des Deutschen Reiches; Verfügungsberechtigt fuer Ansiedlungszwecke war der Reichskommissar fuer die Festigung deutschen Volkstums.

7. Fr. War das der Zentralbodenamt in Stabschauptamt?

A. Ja, das gehoerte dazu. Das war die Stelle, die den Umsiedlern zum Zweck der Entschadigung diese Objekte zur Verfügung stellte und sie als Treuhander einsetzte.

8. Fr. Wurden diese Eigentuerer?

A. Nein, allerdings mit der Anwartschaft auf spaeteres Eigentum.

9. Fr. Ist Ihnen bekannt, dass einer Eigentuerer geworden ist?

A. In einem konkreten Fall erinnere ich mich nicht. Die Leute sind auch nicht als Eigentuerer eingesetzt worden, weil das Gesetz nur eine Beschlagnahme ausgesprochen, man wollte sich diese Frage wahrscheinlich aus politischen Gruenden offenlassen. Ich will hier nichts Falsches behaupten, aber es mag wohl so gewesen sein, dass in einzelnen Faellen Eigentum uebertragen worden ist, gegen Ende des Krieges jedenfalls, aber im grossen und ganzen sind keine Eigentumuebertragungen vorgenommen worden.

10. Fr. Sie muessen aber doch denn mit dem Reichskommissar in Verbindung gestanden haben?

A. Der Reichskommissar meldete uns durch seine Beauftragten listenmässig, welche Umsiedler in welche Objekte eingesetzt waren. Daraufhin hat die DUT die Schätzung des Wertes veranlasst oder selbst vorgenommen. Bei der Landwirtschaft hat sie es veranlasst durch die Deutsche Ansiedlungsgesellschaft, bei Industrieobjekten schätzte die HTO, bei Hausgrundstücken waren gemeinschaftliche Sachverständige der HTO, und der DUT zur Schätzung berufen.

11. Fr. Die Schätzung hatte den Zweck, dem Umsiedler nicht mehr zu geben als ihm zustand?

A. Ja, es erfolgte eine objektive Wertbeurteilung, damit ein richtiger Vermögensausgleich durchgeführt werden konnte.

12. Fr. Wenn es sich um beschlagnahmte industrielle Güter handelte, wer führte das aus?

A. Die Haupttreuhandstelle Ost.

13. Fr. Gab es noch eine dritte Stelle?

A. Nein, eigentlich nicht. Soweit es sich um Reichsritz handelte, setzte die HTO, ebenfalls die Umsiedler als Treuhänder ein.

14. Fr. Das war also nicht die Deutsche Umsiedlungstreuhandgesellschaft, sondern der Reichskommissar oder die Haupttreuhandstelle Ost?

A. Ja.

15. Fr. Mit anderen Worten: die DUT war nur ein Schätzungsamt.

A. Ja, Schätzungs- und Entscheidungstelle. Die Naturalentscheidung bestand nicht in allen Fällen und dann stellte sie auch oft nur einen Teil des Gesamtvermögens dar. Soweit es sich dann um weitere Entscheidungen handelte, ist die DUT eingesprungen aus eigenen Mitteln.

16. Fr. Woher kamen diese Mittel?

A. Erst aus dem Transfer und dann vom Reich.

17.Fr. Haben sie nie davon gehort, dass Gelder die an Umsiedler gegeben wurden von juedischen RE-Innessen stammten?

A. Nein, davon weiss ich nichts.

18.Fr. Konnten sie CASIFELT und GELKE?

A. Ja. Wir hatten speziell mit dem Amt III (Wirtschaft) und V (Landwirtschaft) des Stabshauptamtes zu tun.

19.Fr. Welche Beziehung bestand zwischen dem Stabshauptamt und der Hauptrechnungsstelle Ost?

A. Aufgrund seiner Aufgabe im Rahmen der Festigung deutschen Volkstums trat das Stabshauptamt jeweils im Einzelfall an die HTO heran mit dem Brauchen, bestimmten Ansiedlern bestimmte Objekte zuzuteilen.

20.Fr. Geh die HTO diesen Brauchen auch tatsaechlich statt?

A. Sie musste es nicht, aber sie beruecksichtigte natuerlich die wuensche im Rahmen ihrer sonstigen Aufgaben.

21.Fr. Ich moechte etwas ueber den Einfluss des Stabshauptamtes auf die HTO wissen? GELKE war doch das Verbindungsglied?

A. GELKE hat nicht so grossen Einfluss gehabt, er ist dann auch spaeter abberufen worden.

22.Fr. Wer hat denn ueber die Grundstücke verfügt?

A. Es wurde eine Sitzung zwischen Vertretern des Stabshauptamtes, des var haeufig Rechtsanwalt GOETZ, Leiter des Amtes III, zuweilen auch CASIFELT persoenlich, oder Rechtsanwalt Edgar ISFANN, und der HTO. abgehalten.

23.Fr. Was hatte GELKE als Verbindungsfuehrer zu tun?

A. Er hatte die Interessen der Festigung deutschen Volkstums im Rahmen der Zusammenarbeit mit der HTO. zu vertreten. Es war eine unfruchtbare Zusammenarbeit; bis zu seiner Abberufung ist praktisch wenig geschehen.

24.Fr. Ich habe eine Verfügung gesehen, wonach die höheren SS- und Polizeiführer dann an die Stelle des SALES treten, als Beauftragte des Reichskommissars.

A. Von ihrer Verfügungsberichtigung ist mir überhaupt nichts bekannt. Grundsätzlich war es der Reichstatthalter.

25.Fr. War es tatsächlich so, dass der Reichskommissar fuer die Festigung deutschen Volkstums und damit des Stabschauptamt, die Verfügung ueber das gewerbliche Vermoegen vornahm?

A. Nein, das war die HVO.

26.Fr. War der Einfluss des Stabschauptamtes so gross, dass es seinen Willen durchsetzte oder brachte sich die HVO. nicht zu fuegen?

A. Die HVO. hatte ein Vierjahresplan sehr starken Kueckhalt. - Leiter der HVO. war Burgermeister BINKLER. - Vielfach haben sich ihre Interessen getroffen, denn die Aufgabe der HVO. bestand ja darin, die Dinge in einer zweckmassigen Form zu verwerten und wenn ihnen geeignete Leute genannt wurden, dann hat sie dem entsprochen, weniger aus Druck sondern aus sachlichen Gruenden. Wenn die HVO. ein Objekt zu einem Uebernehmer, auf Vorschlag oder auf Ersuchen des Stabschauptamtes, uebertrug, dann bekam sie dafuer als Kaufpreis einen wertpapierrechtlichen Schein, eine Art Wertquittung (einen sogenannten Verrechnungsschein) und diese Wertquittung presentierte sie dann spaeter bei ihrer Abrechnung dem Finanzminister. Diesen Schein haben wir ausgestellt (wir waren der geschaeftliche Vermittler in diesen Dingen) und nur Unterschrift an den Stabschauptamt weitergeleitet, das Stabschauptamt gab ihm nach Unterschriftsleistung an die HVO. Wenn die HVO. ueber einen Betrieb verfuegte, musste sie entweder Bargeld bekommen oder ein vom Finanzministerium anerkanntes Surrogat.

27.Fr. Was war die Aufgabe der Reichsland-GmbH.?

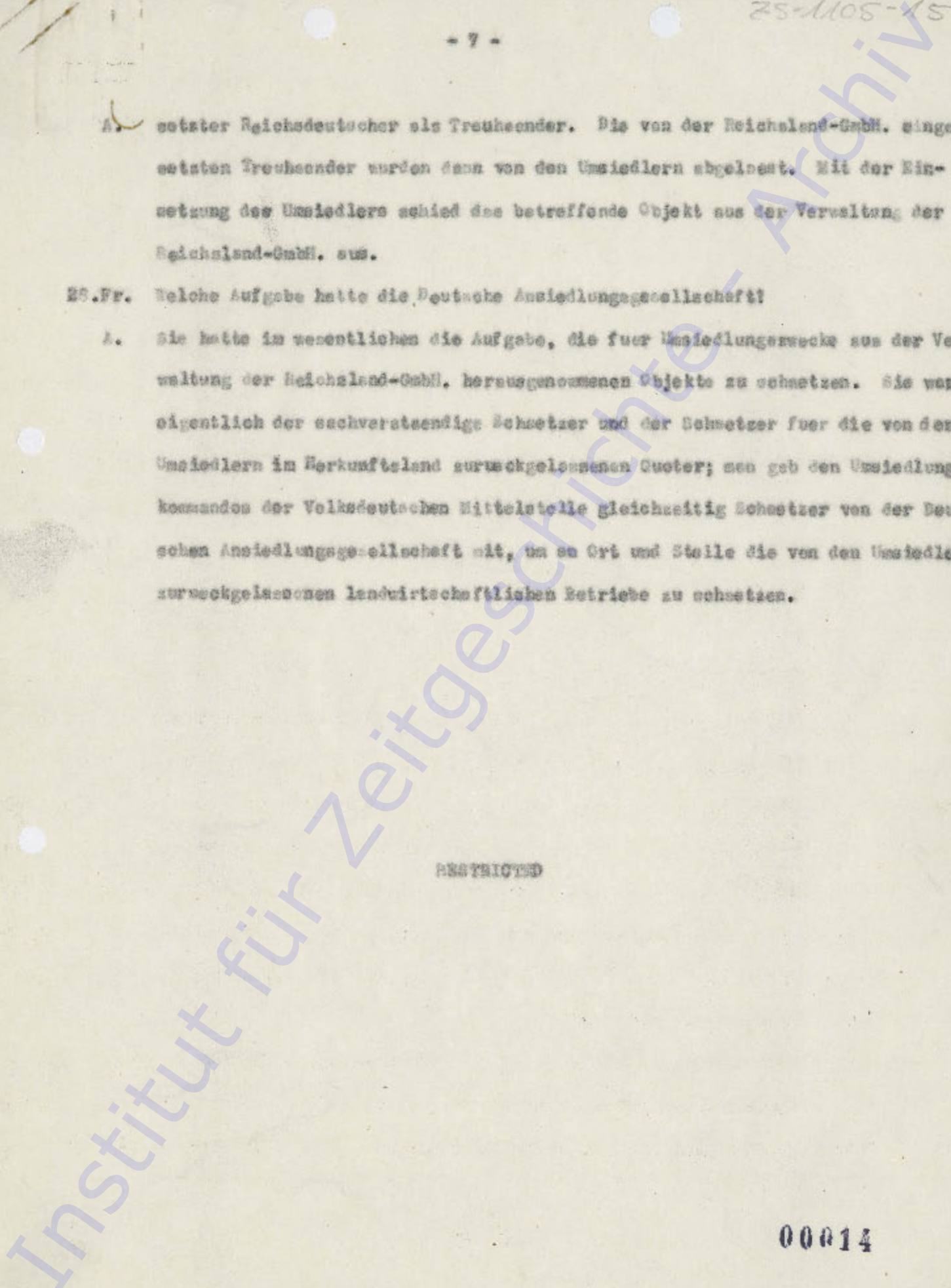
A. Sie veranlagte das beschlagnahmte landwirtschaftliche Vermoegen mittels einge-

A. setzter Reichsdeutscher als Treuhänder. Die von der Reichsland-GmbH. eingesetzten Treuhänder wurden dann von den Umsiedlern abgelöst. Mit der Einsetzung des Umsiedlers schied das betreffende Objekt aus der Verwaltung der Reichsland-GmbH. aus.

28.Fr. Welche Aufgabe hatte die Deutsche Ansiedlungsgesellschaft?

1. Sie hatte im wesentlichen die Aufgabe, die fuer Umsiedlungszwecke aus der Verwaltung der Reichsland-GmbH. herausgenommenen Objekte zu schätzen. Sie war eigentlich der sachverständige Schätzer und der Schätzer fuer die von den Umsiedlern im Herkunftsland zurückgelassenen Quoten; man gab den Umsiedlungskommandos der Volksdeutschen Mittelstelle gleichzeitig Schätzer von der Deutschen Ansiedlungsgesellschaft mit, um an Ort und Stelle die von den Umsiedlern zurückgelassenen landwirtschaftlichen Betriebe zu schätzen.

RESTRICTED



Jul. Ursop. v. 25.6.47

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

25-1105-17
#1948/56

Vernehmung von Dr. Kurt KLEINSCHMIDT,
SS Obersturmbannführer,
zweiter Geschäftsführer der DUT (Deutsche Umsiedlungs-
auf Veranlassung v. Mr. Adams, Treuhänd Gesellschaft mitl)
Dresdner Bank Team,
durch Mr. Erik J. ORTMANN,
am 25. Juni 1947 von 2.00 bis 4.00 Uhr nachmittags,
Stenographin: Gertrud WEIER.

1. F.: Geben Sie Ihren vollen Namen an.

A.: Dr. Kurt KLEINSCHMIDT.

2. F.: Ich möchte mich mit Ihnen heute nachmittag über einen Fragenkomplex unterhalten, den Sie wahrscheinlich besser beherrschen, als jemand andere in Deutschland heute. Ganz grundsätzlich haben die Fragen, die ich Ihnen stellen werde, mit Ihrem eigenen Fall nichts zu tun. Es sind also absolut nur Zeugnisaussagen. Sind Sie bereit auszusagen?

A.: Ja.

3. F.: Sind Sie bereit unter Eid auszusagen?

A.: Ja.

4. F.: Dann möchte ich Ihnen zunächst den Zeugeneid abnehmen. Stehen Sie bitte auf und wiederholen Sie den Eid: Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, dass ich die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzusetzen werde, so wahr mir Gott helfe.

A.: Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, dass ich die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzusetzen werde, so wahr mir Gott helfe.

5. F.: Nehmen Sie Platz bitte. - Wissen Sie, dass Unterlassungen in einer Aussage unter Eid als ebenso schwere Eidasverletzung betrachtet werden, wie eine falsche Aussage?

A.: Ja.

6. F.: Der allgemeine Fragenkomplex ueber den ich mich heute mit Ihnen unterhalten moechte, bezieht sich auf die Deutsche Umsiedlungs Treuhand-Gesellschaft mbH. kurz DUT genannt. Sie haben in Ihrer Niederschrift vom 6.6.47 dargestellt, dass die Zentrale der DUT bis 1943 in Berlin war, 1944 in Dobroschwitz/Ostpreußenland, und seit 1.2.1945 in Muelhausen/Thueringen. Das stimmt soweit?

A.: Ja.

7. F.: In derselben Niederschrift sagen Sie, dass anlaesslich der Besetzung des letzten Arbeitsplatzes der DUT in Muelhausen durch die amerikanische Arnee, die Geschaeftsfuehrung strikte Anweisungen gab, dass keine Unterlagen irgendwelcher Art vernichtet werden duerften. Auch das entspricht glaube ich dem was Sie sagen. Ich lese das aus dem Original vor.

A.: Ich habe noch einen Durchschlag.

8. F.: Was ist aus den Buechern und den Akten der Geschaeftsstelle in Muelhausen geworden?

A.: Das kann ich nicht mehr sagen, weil ich nicht mehr in Muelhausen gewesen bin. Diese Anordnung hat Dr. KULEMANN gegeben und ich haette es hier gar nicht mehr erwacht, wenn es nicht meinen Intensionen durchaus entsprechen haette und dem was wir schon frueher bis Ende 1944 in unserer Geschaeftsfuehrung fuer richtig gehalten hatten. Diese Tatsache, die letztere, weiss ich nur darum, weil die mir hinterher von frueheren Mitarbeitern berichtet worden ist, auch von Dr. KULEMANN selbst, den ich in Darmstadt getroffen habe. Ich weiss also, dass die Bilanz, eine ausfuehrliche Bilanz mit einer Erlaeuterung dazu und eine umfangreiche Devisenanmeldung in Muelhausen abgegeben worden ist, durch Dr. KULEMANN meines Wissens an die certliche amerikanische Behoerde

9. F.: Meinen Sie damit die Dienststelle der amerikanischen Militaerregierung in Muelhausen?

A.: Die Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.44, sowie eine Rohbilanz per 30.4.45 und eine umfangreiche Devisenansmeldung, sind der Militaerregierung in Muehlhausen ueber die Reichsbank am 2.6.1945 abgeliefert worden. Was aus dem anderen Material geworden ist, weiss ich nicht. Ich war nicht mehr da, ich war im Wehrdienst und nachher im Einsatz im Osten und habe infolgedessen die Verbindung verloren. Ich habe das hinterher wieder erfahren durch Korrespondenz mit fruheren Mitarbeitern. Wenn das interessieren sollte, das koennte Dr. KULEMANN genau sagen, der hat damals die verantwortliche Leitung gehabt.

10.Fr.: Sie waren seit Januar 1945, wenn ich recht erinnere, beim Milfaer?

A.: Ja.

11.F.: Und vom November 1939 bis Dezember, also Januar 1945 waren Sie zweiter Geschaeftsfuehrer der DUF?

A.: Ja.

12.F.: Sie haben dann weiter fuer uns eine graphische Darstellung der DUF gemacht, die sehr schoen ist und wozu ich Sie jedoch noch zu einer Erlaeuterung gebeten haette, und zwar gibt diese graphische Darstellung lediglich die einzelnen Dienststellen bzw. Bueros, jedoch nicht die Personenlichkeiten. Wo wuerden Sie hier den ersten und zweiten Geschaeftsfuehrer beispielsweise einsetzen?

A.: Das habe ich in der Erlaeuterung gesagt. Zuerst war es ja Dr. SCHMEIDLER und ich, dann nach wenigen Monaten kam KULEMANN dazu. Damals hatten wir eine Aufteilung die noch nicht endgueltig war, weil das Geschaeft erst langsam wuchs. Wir haben doch mit nichts angefangen im November 1939, es entwickelte sich alles erst. Es war eben so zu Anfang, dass Dr. SCHMEIDLER den Vorsitz hatte, es war kein unmittelbares Unterstellungsverhaeltnis, sondern so eine Art chairman und es stand in dem Programm Die Personalien, die allgemeine

A.: Organisation, die wichtigsten Verhandlungen nach aussen hin und im wesentlichen den Einsatz im Osten. Also Einsatz ist vielleicht nicht der richtige Ausdruck, besser die Finanzierung des Einsatzes im Osten. Ich selbst habe gehabt die kaufmännische Organisation, das heisst Buchhaltung, Bilanz, Gelddisposition und Vorbereitung der Entschädigungsabmeldungen.

Dr. KULEMANN hatte zuerst hauptsächlich Italien und dann nachher Wolhynien und Galizien. Das war aber noch nicht endgültig, nachdem Dr. SCHWELDER ausgeschieden und in den Aufsichtsrat übergetreten war, haben wir eine sachliche Zweiteilung vorgenommen und zwar verwaltungsmaessig Dr. KULEMANN, Personalien und allgemeine Organisation, ich die kaufmännische Organisation und sachlich nach Gebieten regional, das heisst ich selbst habe alles gehabt was im Osten und Suedosten lag, mit Ausnahme von Wolhynien und Galizien und Dr. KULEMANN hatte den Sueden, Italien und den Westen. Das ist so aus der endgültigen Zeit.

11.F.: Sodass man also, um auf diese graphische Darstellung zurueckzukommen, wohl fuer diese einzelnen Abteilungen hier entweder ein "Ku" fuer Herrn KULEMANN oder "Kl" fuer Sie einsetzen koennte?

A.: Ja. Ich habe es so umgekehrt schon darnach gegliedert, Personalien, Sekretariat, Organisationsabteilung, Rechtsabteilung das war "Ku", und Transfer bis Revision ist "Kl", waehrend die Entschädigungs- und Vermögensfeststellung als sachliche Abteilungen regional aufgeteilt waren.

14.Fr.: Regional aufgeteilt in dem Sinne wie Sie mir eben erklart haben?

A.: Ja.

15.Fr. Diese einzelnen Sparten, die Sie hier eingezeichnet haben auf der graphischen Darstellung, haben Sie die Abteilungen genannt?

A.: Ja.

16.Fr. Die Abteilung "Kredit" interessiert mich zunächst, und zwar die Art der verschiedenen Kredite, die die DUF aufgenommen hat, um die Aufgaben die ihr gestellt waren, durchzuführen.

A.: Also das war so: man muss hier unterscheiden zwischen der Mittelbeschaffung im eigentlichen Sinne und zwischen der Zwischenschaltung von Zwischenkrediten. Die endgültige Mittelbeschaffung war ursprünglich geplant a) aus dem Transfer und b) aus der Berechnung der Werte, die aus den beschlagnahmten Vermögensmassen an die Umsiedler gegeben werden sollte und auch später gegeben wurde, c) aus baren Reichsmitteln die vom Finanzminister kamen, anfangs direkt in bar oder in Reichsschuldbuchforderungen, später der bare Teil über den Reichskommissar für die Festigung Stabshauptamt. Der Grund für die letztere Änderung war ein rein technischer, wie uns mal gesagt worden ist, weil der Finanzminister in seinem Budget nur einen Posten dafür, ich weiss nicht wie es ihn benannt, haben wollte. Deswegen wurde in der späteren Zeit, ich weiss nicht mehr genau von wann ab, die Anforderung der baren Reichsmittel je nach Bedarf monatlich beim Stabshauptamt angemeldet, das gab die Anmeldung dann weiter mit seinem eigenen Bedarf an das Finanzministerium und das Finanzministerium überwies an das Stabshauptamt und das zwangte wieder eine Teilüberweisung an uns ab. Das ist das was ich mit endgültiger Finanzierung bezeichnen möchte. Dann wurde eine Zwischenfinanzierung eingeschaltet aus dem Grunde, weil man die baren Reichsmittel schonen wollte. Aus diesem Grunde sind Vereinbarungen mit den in Betracht kommenden Grossbanken sog. Konsortialverträge zustande gekommen und zwar regional aufgeteilt: es gab ein Ost-Konsortium, für die Umsiedlung der Ostens, ein Ostmark-Konsortium (Osterreich-Konsortium) für die Südtiroler Umsiedlung und ein Westkonsortium längere Zeit später für die kleinen Westumsiedlungen.

A.: Die Konsortien waren mit verschiedenen Gesamtsummen vorgesehen und funktionierten dergestalt, dass die D^MT, wenn ein Umsiedler mittelfristigen Kreditbedarf hatte, den Kreditfall sachlich prüfte und zu Lasten des Globalvertrages des Konsortiums den Kredit bei einer der angeschlossenen Banken abrief, das heisst auf Weisung der D^MT gab die betreffende Bank die nach dem Verteiler an der Reihe war, den Kredit an den einzelnen Umsiedler in der nachgesuchten Höhe ohne sachliche Prüfung, weil letzten Endes die Haftung ja bei der D^MT lag und damit letzten Endes beim Reich.

17.F.: Diese Kredite waren alle reichsverbürgt?

A.: Ja die waren reichsverbürgt. Den Konsortium waren auf eine seinerzeit ergangene freie Vereinbarung hin sämtliche Filialbanken gefolgt, die Einzelkredit trieben. Führend in dem grössten Konsortium im Ostkonsortium war alternativ die Deutsche Bank und die Dresdner Bank als grösste Filialbanken; im Ostmark-Konsortium meiner Erinnerung nach die Oesterreichische Kreditanstalt und die Laenderbanken. Das Westkonsortium habe ich nicht mehr genau in Erinnerung, weil ich das selber nicht bearbeitet habe. Das kann ich nicht mehr genau sagen, das musste eigentlich wenn es interessiert, aus den Unterlagen festzustellen sein. Aus den Geschäftsberichten wuerde es hervorgehen.

18.Fr. Sie sagten, dass im Ostkonsortium die Deutsche- und die Dresdner Bank alternativ führend war. Koennen Sie mir diesen Begriff "alternativ" erläutern?

A.: Zeitlich abwechselnd.

19.F.: Sie meinen im Laufe der Jahre?

A.: Das war im Vertrag festgelegt. Ich glaube ein Jahr die Deutsche Bank, das naechste Jahr die Dresdner Bank. Die Einzelheiten habe ich nicht mehr so genau im Kopf.

A.: Es war unbesonnen damals, weil der Vorsitz ja nur bedeutet die Arbeit der Federfuehrung. Zur Kreditheranziehung kamen so wie so gleichmässig nach den Quoten im Konsortialvertrag die verschiedenen Banken je nach ihrer Kreditkapazität in Frage. Da waren prozentuale Quoten festgesetzt. Von dem gesamten Betrag entfielen sagen wir mal je 20% auf die Deutsche- und Dresdner Bank und ein etwas kleinerer Prozentsatz entsprechend der geringeren Grösse auf die uebrigen kleineren Banken. Beteiligt waren soweit ich nicht erinnere, fast alle Filialbanken mit Ausnahme derjenigen die geschaeftlich anders organisiert waren, wie z.B. die Berliner Handelsgesellschaft, Reichskreditgesellschaft, das waren so ungefaehr die Banken die andere Geschaeftte hatten, die betrieben keine Einzelkreditgeschaeftte.

20.F.: Wann wurde dieses Ostkonsortium gegrueudet?

A.: Meiner Erinnerung nach 1940.

21.F.: Auf wessen Betreiben hin?

A.: Das war eine Idee, die wohl von uns ausging, weil es fuer Bankfachleute ein natuerlicher Gedanke war, dass man bei einer Finanzierung im Hinblick auf eine endgueltige Abdeckung oder Reichsentschaedigung zwischenzeitlich einen vorhandenen Kreditapparat einschaltet. Im uebrigen entsprach es der Tendenz der Finanzministers, die Reichsmittel zu schonen, solange Privatkreditangebote vorhanden waren.

22.F.: Fuehrten Sie diese Vorverhandlungen fuer diese Gruendung des Ostkonsortiums?

A.: Beim Ostkonsortium hat Herr Dr. SCHEIDLER die Verhandlungen mit mir zusammen gefuehrt; bei dem Ostmarkkonsortium Dr. KULEMANN, ebenso beim Westkonsortium. Die spaeteren Verhandlungen, die im wesentlichen technischer Art waren, habe ich beim Ostkonsortium gefuehrt.

23.F.: Ich moechte mich zunaechst immer noch auf die Entstehung des Ostkonsortiums beschraenken. An wen treten die Herren der DUF in der Deutschen Bank heran?

A.: Also wir haben, den genauen Monat kann ich nicht mehr angeben, 1940 eine offizielle Einladung zu einer Besprechung an die wesentlichen nach unserer Meinung in Betracht kommenden Banken, in erster Linie an die Deutsche Bank und die Dresdner Bank und die Commerzbank gerichtet und die Bank der Deutschen Arbeit auch noch. Dann war eine Sitzung, zu der die grossen Banken je einen oder 2 Vorstandsmitglieder entsandt haben. Wer das im einzelnen gewesen ist, das kann ich mit dem besten Willen nicht mehr angeben.

24.F.: Wo fand diese Sitzung statt?

A.: Im Sitzungssaal der DDT.

25.F.: Sagten Sie ungefähr im Sommer 1940?

A.: Ich glaube, dass es mehr Ende 1940 war. Das sind Einzelheiten die ich nicht mehr weiss.

26.F.: Wieviel Herren waren anwesend in dieser Sitzung?

A.: Etwa 25.

27.F.: Und wieviel Banken waren da vertreten?

A.: Ich schätze, dass doch 10 bis 12 Banken vertreten waren.

28.F.: Sie selbst waren auch zugegen?

A.: Ja. Den Vorsitz hatte Staatssekretär KEPPLER als Aufsichtsratsvorsitzender. Das sachliche Referat hatte Dr. SCHMOELDER.

29.F.: Wer vertrat die Dresdner Bank in dieser Sitzung?

A.: Ich glaube mich zu erinnern, dass es Dr. RASCHE war. Es kann aber auch Prof. MEYER gewesen sein. Der eigentliche Sachbearbeiter, der Referent, bei der Dresdner Bank das war ein Doktor, noch ein jüngerer Herr, mit dem nachher die Verhandlungen geführt wurden, der der Generalsekretär dieses Konsortiums war. Den Namen weiss ich nicht, ich habe den Herrn zu wenig gekannt. Das wussten die Herren von der Dresdner Bank wahrscheinlich noch.

30.F.: Sie haben dann in den spaeteren Jahren wie Sie sagten, die rein technischen Fragen mit der Dresdner Bank besprochen. Mit wem haben Sie da verhandelt?

A.: Also in der ersten Zeit mit diesem juengeren Herren, dessen Name mir schon damals nicht so gelaueufig war, weil ich ihn persoenlich nicht kannte. Spaeter meine ich mit Direktor TEICHMANN. Aber da bitte ich mich nicht festzunageln. Das sind Dinge die ich mir nicht gemerkt habe, um damit mein Gedaechnis nicht zu belasten. Da moechte ich nichts falsches sagen. Ueber die interne Zustaeendigkeit der Dresdner Bank weiss ich zu wenig Bescheid.

31.F.: Um noch einmal auf diese Sitzung zurueckzukommen, die der Gruendung des Ostkonstruktionssvengangs. Wurde dort im einzelnen klar gelegt den Herren, was die Aufgabe der DUT war im Rahmen des gesamten Umsiedlungsprogrammes des Reichskommissars?

A.: Ja. Es wurde in einem kurzen einleitenden Referat gesagt was schon ziemlich allgemein bekannt war, dass die DUT die Aufgabe hatte, die Umsiedler zu entschaeedigen und dass bis zur endgueltigen Durchfuehrung dieses Entschaeedigungsverfahrens die Notwendigkeit bestuende, die Umsiedler mit sog. Aufbaukredite, das war der technische Ausdruck, zu versorgen. Es wurde deshalb an die Bankwelt die Frage gerichtet, ob Interesse und Bereitschaft bestuende, Kreditmittel hierfuer zur Verfuegung zu stellen. Auf die Gegenfrage der Bankleute, ob eine Garantie des Reiches gegeben werden koennte, wurde diese bejaht, weil die Banken weniger die Moeglichkeit hatten, die Finanzverhaeltnisse der Umsiedler zu beurteilen, waehrend die DUT als Entschaeedigungsstelle die gesamten Vermoegensunterlagen im Laufe der Zeit erarbeitete und deshalb in der Lage war, ungefaehr die Kreditfaehigkeit zu beurteilen.

32.F.: Wer hielt dieses Referat?

A.: Wenn ich recht erinnere Dr. SCHMOELDER, nach Vorbesprechung mit Staatssekretaer

A.: KEPLER und Ministerialdirektor BERGER vom Finanzministerium und dem damaligen Brigadeführer GREIFELT. Wenn ich das einschalten darf, diese Besprechung dazu war ein Arbeitsausschuss eingesetzt aus dem Aufsichtsrat. Ihm gehörte an KEPLER, BERGER, GREIFELT und KEHRL vom Wirtschaftsministerium.

33.F.: Kamen auch Vertreter von Anderen Reichsdienststellen ausser dem Stabshauptamt die an dieser Besprechung teilnahmen?

A.: Nein.

34.F.: Die Haupttreuhandstelle (HTO) war nicht vertreten?

A.: Nein, die hatte mit den Krediten nichts zu tun.

35.F.: Es wurde aber aus dem Referat von SCHWELDER erwichtlich, woher die Betriebe kamen, die als Gegenwert oder Sicherung fuer die zu gebenden Kredite geboten wurden?

A.: Ich glaube nicht, dass es in diesem Zusammenhang erwachtet wurde, denn fuer die Banken bestand die Sicherung nicht in dem Objekt, was ja treuhänderisch dem Umsiedler zusechst gegeben wurde zur Nutzung und Verwaltung, sondern die Sicherung bestand in dem Entschädigungsanspruch gegen das Reich und in der Reichsbürgerschaft.

36.F.: In anderen Worten: es war risikoloses Geschaeft vom Bankgewichtspunkt aus gesehen?

A.: Ja. Nur so konnte auch der relativ niedrige Zinssatz erreicht werden.

37.F.: Wie hoch war der Einsatz?

A.: Ich glaube mich zu erinnern erst $\frac{1}{2}\%$ und spaeter $\frac{1}{4}\%$.

38.F.: Wie hoch war der Reichsbankdiskontsatz zu der Zeit?

A.: Damals glaube ich $\frac{1}{2}\%$ oder auch $\frac{1}{4}\%$. Jedenfalls fuer mittelfristige Kredite war das ein relativ guenstiger Zinssatz.

39.F.: Die Banken entschlossen sich dann dieses Ostkonsortium zu gruenden?

A.: Die stimmten in der Sitzung zu und uebernehmen es in eigener Regie ihre Partner zusammen zu bringen. Es waren nicht alle vertreten, um die technischen Konsortialvereinbarungen zustande zu bringen.

40.F.: Wann wurde dann das Konsortium endgueltig gegruendet?

A.: Das Datum erinnere ich nicht mehr. Das muss aus dem Geschaeftsbericht hervorgehen.

41.F.: Das war schon nicht nur eine Frage von Wochen nach dieser voreingehenden Sitzung?

A.: Ich weies auch nicht mehr genau wann diese Sitzung war. Das laesst sich leicht feststellen aus den Geschaeftsberichten, die in gedruckten Exemplaren herausgegeben sind.

42.F.: Hat sich das Konsortium dann bereit erkleert, jaehrlich einen bestimmten Betrag frei zu halten fuer Kredite?

A.: Nicht jaehrlich, sondern Absolut-Betrag. Also es wurde ein Maximalbetrag festgesetzt wann ich recht erinnere, 100 Millionen. Die waren geteilt in sog. echte Konsortialkredite, das waren die Kredite ueber 30.000 Mark, die wurden von dem Konsortium als solches gegeben. Die andere Haelfte waren die sog. Hausbankkredite, diese wurden durch eine kleinere Bank des Konsortiums gegeben, nach dem prozentualen Schluesselverbaeltnis. Also von den 50 Millionen waren es glaube ich, wie ich vorhin gesagt hatte, procentuale Tranchen fuer die einzelnen Banken festgesetzt und die jeweils ~~mit~~ federfuehrende Konsortialfuehrerin teilte das geschaeftsmaessig beim Kreditaufall auf.

43.F.: War die Deutsche Bank die erst federfuehrende Bank?

A.: Das kann ich nicht mehr genau sagen. Ich glaube die Dresdner Bank ist es gewesen. Ja es war die Dresdner Bank und zwar das faellt mir jetzt ein.

A.: deshalb, weil die Dresdner Bank schon den allerersten und dringendsten Kredithedarf gewissermassen aus der Hand befriedigt hatte, mit kleinen Barvorschuessen durch ihre Filialen in den oestlichen Gebieten. Die Umsiedler die kamen nach Gotenhafen und Danzig, nach Posen und brauchten bares Geld und daraus hatte sich ganz im Anfang ein technischer Vorfall entwickelt, wosuech auf Grund einer vorlaeufigen telefonischen Zusage, die von den Banken gegebenen Vorschuesse auf Hinterlegungsscheine von Umsiedlern ueber im Herkunftsland abgeliefertes bares Geld von der DDT hinterher eingeloeset wurden. Zwischen diesen beiden Verfahren bestand ein direkter Zusammenhang; aber das war der massgebliche Grund weshalb die Dresdner Bank an diesen Dingen ziemlich schnell bei der Hand war, also rein geschaeftliches Interesse.

44.F.: Da der Zinssatz bei diesen Krediten verhaeltnismaessig niedrig war und waehrend dieser Zeit doch fuer die Banken die Moeglichkeit bestand, Geld zu besseren Zinssatzen auszuliehen, ist wohl anzunehmen, dass den Banken schon bei der ersten Besprechung eine gewisse Entschaedigung in irgendeiner Form geboten wurde?

A.: Nein. Die Entschaedigung lag allein in den vereinnahmten Zinsen. Da ist sonst nichts bezahlt worden.

45.F.: Nun hat man ihnen nicht eine Vorrechtsstellung eingeraeumt in Form von Errichtung von Filialen oder Tochtergesellschaften in diesen Gebieten, z.B. in Warthogen, wo diese Umsiedler angesiedelt wurden?

A.: Nein, darueber ist mir nichts bekannt. Das ging auf ganz anderen Wegen. Aber das ist mir jedenfalls nicht bekannt, habe mich auch nicht dafuer interessiert. Jedenfalls ist in der Sitzung und in den Vorbesprechungen kein Wort davon gefallen.

46.F.: War dieser Konsortialvertrag fuer ein Jahr oder fuer eine laengere Zeit?

46.F.: dauer zunuechst gemacht worden?

A.: Ich kann mich nicht mehr erinnern auf welchen Zeitraum, aber ich glaube mich zu erinnern, dass er zeitlich befristet war und nachher verlaengert worden ist, in regelmessigen Zeitabstaenden verlaengert worden ist. Das ist aber nie praktisch geworden, weil er nie voll ausgeschooft werden ist. Das vorgesehene Global-Kredit-Limit ist nie ausgeschooft worden.

47.F.: Das ist mir schon verstaendlich, aber jeder Vertrag stellt doch eine Vereinbarung dar, dass also die Vertragspartner sich gegenseitig verpflichten, gewisse Dinge zu tun und das begrenzt man doch gewoehnlich zeitlich?

A.: Eine Grenze lag schon da, dass der Kredit spaetestens mit der Deckung des sog. Vermoegenausgleichs von der DUF abgedeckt wurde, sodass das also im technischen Sinne gesprochen revolvingende Kredite waren. Ausserdem war glaube ich auch eine zeitliche Grenze gesetzt, die aber uninteressant war, weil theoretisch und praktisch die Kredite schon in den Jahren 1942/1943, vor allen Dingen 1944 in starkem Masse abgedeckt wurden. Das war so, wenn von der DUF fuer den betreffenden Umsiedler der sog. Vermoegenausgleichsbescheid ausgestellt wurde, das heisst eine bankmaessige Abrechnung ueber das hinterlassene Vermoegen, abzueglich der gewaehrten Kredite, wurde gleichzeitig an das Konsortium die restliche Kreditschuld des betreffenden Umsiedlers ueberwiesen. Es ist sogar manchmal vorgekommen nachher 1944, dass der Kreditweg bei einzelnen Umsiedlern nicht mehr beschriften wurde, weil es nicht mehr lohnte fuer einige Monate den ganzen technischen Apparat in Bewegung zu setzen.

48.F.: Weshalb hat nun eigentlich diese Form gewaehlt und hat nicht die Reichsbank fuer diese Kredite in Anspruch genommen?

A.: Erst mal weil die Reichsbank ja Einzelkreditgeschaeft in dieser Art, so

A.: landläufige Kreditgeschäfte nicht gepflogen hat, sondern nach meiner Kenntnis nur grosse konzernelle und industrielle Geschäfte. Andererseits war das fuer uns ein natuerlicher Gedanke, weil wir aus dem Bankfach kamen, das war fuer uns durchaus naheliegend, wenn auch sowohl Herr Dr. SCHMOLLER, als ich, als auch KULEMANN aus den Hypothekentanken kamen, aus den langfristigen Kreditgeschäften, so war es eben doch nach unserem ganzen geschäftlichen Denken eine naheliegende Sache.

49.F.: Lassen Sie uns jetzt zur Gruendung des Ostmark-Konsortiums uebergehen. Koennen Sie mir das vielleicht chronologisch von seinem Entstehen an schildern?

A.: Da kann ich Einzelheiten leider nicht sagen, weil ich da nicht mitgewirkt habe. Da habe ich lediglich in der taeglichen Post einzelne Briefe gesehen und kann daraus soviel sagen, dass es konstruktiv dasselbe war wie das Ost-Konsortium, mit einem etwas geringeren Globalbetrag und variierend in der Zusammensetzung der Banken, weil die Gebiete in denen die Suedtiroeler Umsiedler angesiedelt wurden, vorwiegend in Oesterreich lagen und dort andere Banken geschäftlich taetig waren.

50.F.: Bestand das Oesterreich-Konsortium schon als das Ostkonsortium gegrueudet wurde?

A.: Nein, das Ostkonsortium ist der erste Vorgang und das Ostmark-Konsortium ist schuetzungsweise ein Jahr spaeter entstanden.

51.F.: Das wurde uns also in den Herbst 1941 bringen?

A.: Das koennte sein.

52.F.: Und die Gruendung des Westkonsortiums?

A.: Die war noch spaeter, weil ja von Westumsiedlung ueberhaupt erst, das war schon 1943, gesprochen wurde.

53.F.: Wo wurden diese Leute eigentlich vom Westen hin umgesiedelt?

A.: Sehr viel kann ich dazu nicht sagen, weil das nicht meine Zuständigkeit war. Ich weis nur, dass in Frankreich eine Erfassung stattgefunden hat von Menschen deutscher Abstammung, die an einer Umsiedlung interessiert waren und dass ein geringer Teil davon auch tatsächlich umsielte und dass von denen der grössere Teil nach Elsass-Lothringen gekommen ist. Aber sonst technische Einzelheiten kann ich da nicht sagen, das Sachgebiet war so riesengross und unsere Arbeitsbelastung so enorm, dass man sich tatsächlich nicht mit allen Dingen befassen konnte und kann ich auch soviel sagen, dass in unserem sachlichen Bereich der DWT die Westumsiedlung eine weit unbedeutendere Rolle gespielt hat, als die grosse Ostumsiedlung und die italienische Umsiedlung.

54.F.: Ist die italienische Umsiedlung in dem Ostmark-Konsortium mit einbegriffen?

A.: Das wurde speziell fuer die Suedtiroler Umsiedlung gegruendet, ist dann spaeter ausgedehnt worden aus rein technischen Gruenden auf einige kleinere Suedost-Umsiedlungen, z.B. die Umsiedlung aus dem Distrikt Leibach und Gottsche nach Untersteiermark und Oberkain.

55.F.: Gemessen an den Geschaeftsvorgaengen der DWT, wie wuerde sich diese Transaktion des Ostkonsortiums, des Ostmarkkonsortiums und des Westkonsortiums ungefaehr prozentual verteilen?

A.: Das koennte man ganz genau ausrechnen, wenn man die Geschaeftsberichte zur Hand haette. Ich gegriffen aus meinem Gedaechnis kann ich etwa sagen wie 10 zu 5 zu 3 etwa.

56.F.: Das wuerde also in Prozenten ausgedrueckt in ungefaehren Ziffern 55% fuer das Ostkonsortium, 30% Ostmarkkonsortium und 15% fuer das Westkonsortium darstellen?

A.: Nach meiner ungefaehren Erinnerung muesste das stimmen, wobei ich wiederholt darauf hinweise, dass bezueglich des westlichen Konsortiums meine Erinnerung

A.: nur sehr oberflächlich ist.

57.F.: Diejenigen Umsiedler, die ohne Inanspruchnahme von Krediten umgesiedelt sind, wuerden diese Zahlen ja nicht wesentlich beeinträchtigen, da man wohl annehmen darf, dass der Prozentsatz dieser ohne Vermoegensausgleich Umsiedelnden in allen 3 Regionen mehr oder weniger gleich war?

A.: Nicht ganz, weil die soziale Struktur bei den einzelnen Umsiedlungen sehr verschieden war. Die baltischen Umsiedler waren im Durchschnitt leidlich wohlhabend; die Umsiedler aus Wolhynien z.B. weniger wohlhabend, waehrend wieder die Umsiedler aus Suedtirol absolut sehr beträchtliche Vermoegen zum grossen Teil hatten. Aber ich moechte nur sagen, dass solche Zahlenvergleiche bei den Umsiedlungen vielleicht ein schiefes Bild ergeben, weil spaeter unvergleichbare Moeglichkeiten dabei waren.

58.F.: Ich moechte jetzt auf ein anderes Kapitel der Geschaeftte der DUT kommen und zwar sind das die privaten Verkaeuft nicht an Umsiedler, sondern an andere Personen, seien es Privatpersonen oder rechtliche Personen oder Staatsstellen oder dergleichen. Auch da bin ich wie in dem vorhergehenden schon vor allen Dingen interessiert an der Art der Finanzierung dieser Geschaeftte.

A.: Was meinen Sie mit Verkaeuft?

59.F.: Um Ihnen einen Anhaltspunkt zu geben, ich denke an die Transaktionen wo der General GUBERIAN z.B. ein Gut bekommen hat, wo es sich also um einen reinen Verkauf handelte.

A.: Da habe ich nichts damit zu tun gehabt. Diese Dinge sind mir auch nicht bekannt. Entsprechend unserer Aufgabenstellung waren wir beschaenkt auf die Finanzierung von Umsiedlern und wir haben nicht einen einzigen Fall gehabt in dem ein Aussenstehender, also ein Reichsdeutscher oder ein Ansiedler anderer Art als ein Umsiedler, irgendwem Objekt oder eine Finanzierungshilfe bekam.

60.F.: Wenn das finanziert worden war, war das wahrscheinlich ueber Privatbanken

60.F.: gegangen oder die DUF zu Berlin?

A.: Das entzieht sich meiner Kenntnis. Ich weiss nicht, ob ueberhaupt eine Finanzierung stattgefunden hat, oder ob das reine Barverkaufe waren. Ich habe nie davon etwas gehoert. Der Grund weshalb wir auf die Umsiedler praktisch beschraenkt waren, ist einfach der, dass der Umsiedler einen EntschaeDIGungsanspruch hatte und das Fundament unserer ganzen GeschaeftsbeWegung war der EntschaeDIGungsanspruch.

61.F.: Sie gaben in einer frueheren Vernehmung einmal den Namen von Buergemeister WINKLER als Chef der Haupttreuhandstelle (HTO) an. Bezog sich das auf die Zentrale in Berlin oder in Posen?

A.: Berlin, die HTO war nur in Berlin, die Nebenstellen oder wie sie die nannten, die hiessen nicht Haupttreuhandstelle, sondern Treuhandstelle und hatten jeweils einen speziellen Leiter.

62.F.: Wie lange war WINKLER der Leiter dieser HTO?

A.: Meines Wissens waehrend der ganzen Zeit.

63.F.: Wie heisst er mit Vornamen?

A.: Das weiss ich nicht. Ich weiss nur, dass er immer Buergemeister a.D. Dr. H.C. WINKLER. Soviel ich erinnere war er Ehrenbuergemeister von Graudenz.

64.F.: Haben Sie die Verhandlungen mit WINKLER gefuehrt?

A.: Nur zum Teil. Das waren zuerst nur einige grossere grundsuetzliche Verhandlungen, bei denen die DUF, weil sie nur GmbH und keine eigentliche offizielle Reihensstelle war, nur als technischer Sachverstaendiger auftrat. Die Verhandlungen wurden, wenn es sich insbesondere im Anfang um grundsuetzliche Fragen handelte, entweder durch Herrn KEPPLER oder Herrn GHELFBEL gefuehrt, wobei wir natuerlich anwesend waren, aber nicht offiziell die Verhandlungspartner darstellten. Bei den spaeteren Verhandlungen ueber einzelne Objekte oder ueber Serien von Objekten fanden die Verhandlungen

A.: meistens mit den Hauptabteilungsleitern der HFO statt. In Berlin z.B. mit Rechtsanwalt PFENNIG oder mit den oertlichen Leitern der Treuhandstellen in Danzig, Posen, Litzmannstadt usw.

65.F.: Waren die Banken, die an diesen Konsortialvertrag beteiligt waren, nicht daran interessiert, gewisse Betriebe, seien sie landwirtschaftlicher oder industrieller Natur speziell fuer bevorzugte Kunden zu erwerben?

A.: Die Banken hatten natuerlich ein gewisses Interesse daran, auch spaeterhin unter den Umsiedlern, insbesondere den industriellen und agrarischen Umsiedlern eine gewisse Kundenschicht zu erwerben. Aber dieses Interesse war mehr mittelbar, weil die Aufbaukredite ja saentlich mit dem Vermoegensausgleich endeten.

66.F.: Meine Frage bezog sich eigentlich nicht auf Umsiedler, sondern auf kapitalkraeftige Privatkunden der Banken.

A.: Das war ja ihr normales Geschaefit in den Gebieten in denen sie Affiliationen hatten.

67.F.: Ich koennte mir z.B. gut vorstellen, dass die groesste, die Dresdner Bank Filialen irgendwo im Warthegau z.B. errichtete, dort sich etwas herum guckt was eigentlich das ist, was noch frei ist und ihre Kunden von denen sie wissen, dass sie an einem Grundbesitz oder industriellen Erwerb interessiert sind, als Kundendienst davon Mitteilung machen.

A.: Darueber kann ich natuerlich wenig sagen, weil mir das nicht mehr oder weniger zur Kenntnis gekommen ist, wie jeden anderen Menschen. Nach meiner Meinung ist es so gewesen, dass ein gewisser Wettstreit der Banken um das neue Geschaefit im Osten bestand. Ich erinnere z.B. dass die oeffentlich-rechtlichen Kreditinstitute ein lebhaftes Interesse entwickelten, nicht durch private Grossbanken von diesem Geschaefit ausgeschlossen zu sein. Wir haben in der Korrespondenz ueber die Konsortialkredite be-

A.: beachten koennen, dass die oeffentlich rechtlichen Kreditinstitute grossen Wert darauf legten, auch mit in Geschaeft zu sein. Nach welchen Gesichtspunkten die Lizenzen fuer die Einrichtung neuer Filialen gegeben wurden, entzieht sich meiner Kenntnis.

68.F.: Wer war berechtigt diese Lizenzen zu erteilen?

A.: Meines Wissens das Wirtschaftsministerium, das Bankreferat, das Kreditreferat des Wirtschaftsministeriums.

69.F.: Wer hatte das, wissen Sie das?

A.: Ich glaube Ministerialdirigent Dr. RIEHLE, und Ministerialrat MARTINI. Das sind Dinge die etwas abseits liegen, die ich nur so obenhin weiss. Das weiss ich nur daher, weil ich RIEHLE persoenlich gekannt habe, weil ich in meiner Hypothekenbankzeit mit Herrn RIEHLE zu tun hatte.

70.F.: Eine allgemeine Frage. Die DUF ist rein rechtlich gesehen eine GmbH gewesen. Rein technisch gesehen kann sie aber doch wohl kaum als ein privatwirtschaftliches Unternehmen bezeichnet werden, denn schon die ganze Zusammensetzung des Aufsichtsrates deutet ja darauf hin, dass sie nicht nach einem Bankensystem aufgezogen ist, sondern ich moechte fast sagen, wie eine militaerische Organisation, denn eine freie Wahl des Aufsichtsrates kam hier nicht in Frage?

A.: Also eine militaerische Organisation sicher nicht, denn da fehlt eigentlich jedes Merkmal. Man koennte eher noch sagen eine Finanzgesellschaft des Reiches. Die DUF hatte weder mit militaerischen noch mit SS Dienststellen irgendetwas gemeinsam, sie war eine Institution eigener Art, die ausschliesslich fuer den Zweck der Umsiedlung gegrueudet war und ausdruecklich nur fuer voruebergehende Zeit. In ihrer inneren Struktur und in ihrem geschaeftlichen Habitus war sie bankmaessig mit der besonderen Note, die ihr die Erfuellung einer Reichsaufgabe, naemlich die der Entschaedigung der Umsiedler, aufpraegte.

71.F.: Von wem hielt die DUF laufend Richtlinien in Bezug auf die Geschaeftsfuehrung

00433

71.F.: Änderungen, Bestimmungen usw.?

A.: Vom Arbeitsausschuss des Aufsichtsrates. Es gab einen Personalausschuss, der die personellen Dinge regelte und einen Arbeitsausschuss, der die materiellen Dinge regelte. Also zum Beispiel Entschädigungsrichtlinien, Kreditrichtlinien und Gelddispositionen.

72.F.: Nun jedenfalls im Arbeitsausschuss war z.B. GREIFELT vertreten nicht nur als Mitglied des Aufsichtsrates, sondern auch als Chef des Stabshauptamtes und als Bevollmächtigter HIMMLER's in seiner Eigenschaft als Reichsbeamter. Daraus dürfte man doch wohl mit ziemlicher Sicherheit schliessen, dass GREIFELT weisungsberechtigt war?

A.: Ja aber nur durch den Arbeitsausschuss grundsätzlich, denn es ist praktisch so gewesen, dass die grundsätzlichen Richtlinien die alle schriftlich ausgearbeitet sind, von dem Arbeitsausschuss gegeben und beschlossen wurden.

73.F.: Vorsitz war KEPLER?

A.: Vorsitz war KEPLER, Stellvertreter war GREIFELT.

74.F.: Vom Arbeitsausschuss?

A.: Beim Arbeitsausschuss gab es nur Vorsitz, Mitglieder GREIFELT, BERGER und KUHRL.

75.F.: Und der Arbeitsausschuss entschied mit Stimmenmehrheit?

A.: Sollte er wohl, es ist wohl nie zu einer Abstimmung gekommen, weil die Dinge ziemlich sorgfältig durchberaten wurden und auch Änderungen noch in diesen Beratungen vorgenommen wurden.

76.F.: Haben Sie selbst an den Sitzungen des Arbeitsausschusses teilgenommen?

A.: Teilweise. Bei den Sitzungen des Arbeitsausschusses war ich wohl immer dabei. Das wurde so gehandhabt, dass meistens die Richtlinien von der Geschäftsführung der DUT als Vorschlag und Entwurf nach gewissen Vorbesprechungen ausgearbeitet wurden und dann dieser Entwurf im Aus-

A.: schuss durchberaten wurde.

77.F.: War GREIFELT gelegentlich auch vertreten von jemand anderen, oder ging er gewöhnlich selbst?

A.: Er ist wohl meist selber da gewesen, einmal hat er sich vertreten lassen.

78.F.: Hatte er aktiven Anteil an den Geschäften der DUF gehabt?

A.: Der Arbeitsausschuss war nicht gross und infolgedessen waren doch ziemlich wesentliche Mitglieder ueber die Dinge im Bilde und auch aktiv mitwirkend.

79.F.: Wie oft tagte dieser Arbeitsausschuss?

A.: Es gab keine ausdrueckliche Vorschrift, er sollte nach Bedarf zusammentreten und zwar praktisch mindestens 3 mal im Jahr. Also das war ziemlich informell. Wenn das Beduerfnis bestand haben wir meistens Herrn KEPLER dazueber Vortrag gehalten als Vorsitzter und es fand manchmal eine interne Vorbesprechung statt, haeufig unter Zuziehung von GREIFELT, aber auch haeufig unter Zuziehung von HENGER oder KIMMEL, je nachdem es mehr eine finanzielle Frage war, oder mehr allgemein wirtschaftliche Fragen.

80.F.: Das ist alles fuer heute.

Institut für Zeitgeschichte-Archiv